



UNMISS: Stabilisierung unter schwierigsten Bedingungen

Die *United Nations Mission in South Sudan* (UNMISS) wurde 2011 nach der Unabhängigkeit des Südsudan mandatiert. Zunächst sollte UNMISS ein stabiles Umfeld für den Staatsaufbau absichern, seit Beginn des Bürgerkriegs 2013 stehen der Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherung humanitärer Hilfe im Vordergrund. Da der Gewaltkonflikt trotz des Friedensabkommens von 2015 andauert, ist die humanitäre Lage inzwischen katastrophal. Die aktuellen Bemühungen, das Friedensabkommen wiederzubeleben, werden von vielen Beobachtern¹ als „letzte Chance“ für den Südsudan gesehen. Die Präsenz von UNMISS ist zu diesem kritischen Zeitpunkt unabdingbar.

Hintergrund

Im Juli 2011 wurde der Südsudan unabhängig. Mit [Resolution 1996](#) mandatierte der UN-Sicherheitsrat die *United Nations Mission in South Sudan* (UNMISS), um das Land bei der Konsolidierung von Frieden und Sicherheit zu unterstützen und Stabilität für den Staatsaufbau zu fördern.

Ende 2013 brach erneut ein offener Konflikt im Land aus. 2015 unterzeichneten die Hauptkontrahenten, Präsident Kiir und sein ehemaliger Vize Riek Machar ein Friedensabkommen. Sie verpflichteten sich unter anderem zu einem sofortigen Waffenstillstand, dem Abzug aller Soldaten aus der Hauptstadt Juba, der Ernennung von Machar zum Vizepräsidenten sowie zur Bildung einer nationalen Einheitsregierung.

Bereits im Juli 2016 kam es zu neuen heftigen Kämpfen in der Hauptstadt und weiteren Teilen des Landes. Hierauf reagierte der UN-Sicherheitsrat mit einer Aufstockung der militärischen Komponente von UNMISS und einer Anpassung des Mandats. Seit Februar 2017 verschärft eine Hungersnot in verschiedenen Landesteilen die humanitäre Lage.

Mehr als 2 Mio. Menschen sind in Nachbarländer geflohen, rund 1,9 Mio. sind intern vertrieben. Über [6 Mio. Menschen](#), rund 50 Prozent der Bevölkerung, benötigen humanitäre Hilfe. UNMISS versorgt aktuell über 212.000 Personen in insgesamt sechs *Protection of Civilians (POC) Sites*, die innerhalb eigener Stützpunkte eingerichtet wurden. Seit August 2016 ist dies ein Anstieg von fast 25%.

Aufwuchs und Mandatsanpassungen von UNMISS

In Folge der Unruhen vom Dezember 2013 erhöhte der UN-Sicherheitsrat noch im gleichen Monat die Zahl der UNMISS-Truppen von 7.000 auf 12.500 ([Resolution 2132](#)), im Folgejahr wurde das Mandat auf neue Schwerpunkte ausgerichtet ([Resolution 2155](#)):

- Schutz der lokalen Zivilbevölkerung,
- Überwachung der Menschenrechte,
- die Absicherung humanitärer Hilfe,
- Implementierung des Waffenstillstandsabkommens vom 23. Januar 2014.

Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens vom August 2015 wurde das UNMISS-Mandat dahingehend erweitert, die Umsetzung des Abkommens zu unterstützen ([Resolution 2241](#)), der Schutz der Zivilbevölkerung blieb aber Kern der Missionsarbeit.

In Folge einer erneuten Eskalation des Konflikts im Juli 2016 verfügte der UN-Sicherheitsrat eine weitere Erhöhung der Truppenstärke auf maximal 17.000 Blauhelme ([Resolution 2304](#)). Diese beinhaltet auch eine 4.000 Mann-starke *Regional Protection Force* (RPF), die insbesondere in Juba ein sicheres Umfeld schaffen soll. Die RPF soll Flughafen, Transportmittel, Kommunikationswege und zentrale Einrichtungen der Hauptstadt schützen und frühzeitig gegen Angriffe auf Zivilbevölkerung, UN-Personal, humanitäre Helfer oder UN-Schutz zonen vorgehen.

Da die Regierung Südsudans ihre Zustimmung zur Stationierung der RPF lange verweigerte, trafen RPF-Kontingente erst im August 2017 vor Ort ein. Die vollständige Aufstellung der RPF bereitet nach wie vor Schwierigkeiten. Im [Oktober 2017](#) betrug die UNMISS-Truppenstärke insgesamt 12.421; hinzu kommen

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

2.601 Zivilisten und 1.605 Polizeikräfte. Eine Überprüfung des Mandats seitens der UN ist für November 2017 vorgesehen; das gegenwärtige Sicherheitsratsmandat für UNMISS läuft am 15.12.2017 aus.

Deutschland beteiligte sich von Beginn an auch personell an UNMISS. Die aktuelle Mandatsobergrenze des Deutschen Bundestages für UNMISS beträgt 50 Soldaten. Derzeit beteiligen sich 17 Soldaten der Bundeswehr (Stand: [13.11.17](#)) an dem Einsatz. Zudem sind bei UNMISS vier deutsche zivile Experten tätig.

Herausforderungen

Sicherheitslage | Die Sicherheitslage bleibt durch anhaltende bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der *Sudan People's Liberation Army (SPLA)* und der pro-Machar *SPLA in Opposition* aber auch durch eine Zersplitterung der Oppositionsgruppen schlecht. Von bewaffneten Auseinandersetzungen waren zuletzt vor allem die Bundesstaaten Oberer Nil sowie Ost-, Zentral-, und West-*Equatoria* betroffen. Neben dem nationalen Konflikt gefährden lokale Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Stämmen die Sicherheit der zivilen Bevölkerung. Der Leiter von UNMISS, David Shearer, betonte bei seiner [Unterrichtung des Sicherheitsrates](#) im September zudem, dass ein drohender ökonomischer Zusammenbruch zukünftig Auslöser für gewaltsame Unruhen sein könnte.

Zusammenarbeit mit der Regierung | Die Zusammenarbeit mit der Regierung bleibt eine große Herausforderung für UNMISS. Die Bewegungsfreiheit von UNMISS-Personal wird häufig eingeschränkt, einzelne Mitarbeiter waren in der Vergangenheit Übergriffen durch staatliche Sicherheitskräfte ausgesetzt. Bis jetzt konnten nur knapp 25 Prozent der RPF entsandt werden. Die Behörden verzögern hier unter anderem die [Ausstellung der Einreisedokumente](#). Auch zeigen sich staatliche Behörden [unkooperativ](#), was die UNMISS-Aktivitäten zum Schutz des Flughafens Juba angeht.

Humanitäre Lage | Die Hungersnot verschärft die humanitäre Lage zusehends. Der anhaltende Konflikt hat Felder und Anbaugelände verwüstet, Ernteaufträge sind die Folge. Laut [UN-Welternährungsprogramm](#) wird die Zahl der Menschen, die vom Hungertod bedroht sind, im Frühjahr 2018 womöglich noch weiter ansteigen. Ein aktueller Bericht der UN-Expertengruppe für Südsudan wirft der Regierung vor, [Nahrung als Mittel des Krieges zu benutzen](#); Bevölkerungsgruppen, die der Opposition zugerechnet werden, würden gezielt humanitäre Güter verwehrt. Die Absicherung der humanitären Hilfe durch UNMISS wird dadurch erschwert, dass Plünderungen humanitärer Güter und Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen zunehmen. Seit Anfang 2017 kamen [18 humanitäre Helfer](#) durch Angriffe zu Tode. Gebergelder reichen nicht annähernd aus, um die gegenwärtigen humanitäre Krise zu bewältigen.

Wiederbelebung der Friedensgespräche | Im Oktober begann die ostafrikanische Regionalorganisation IGAD (*Intergovernmental Authority on Development*) mit Vorbereitungen eines hochrangigen Forums, das das Friedensabkommen von 2015 wiederbeleben soll. Laut [IGAD-Communiqué](#) soll das Forum konkrete Maßnahmen für eine dauerhafte Waffenruhe erarbeiten, die Umsetzung des Abkommens vorantreiben und einen realistischen Zeit- und Umsetzungsplan für die Durchführung demokratischer Wahlen erstellen. Riek Machar und Salva Kiir signalisierten gegenüber IGAD-Vertretern ihre Unterstützung. Die [Afrikanische Union](#) nannte den geplanten Prozess die „letzte Chance“ für die Konfliktparteien, um dauerhaften Frieden und nachhaltige Stabilität im Südsudan zu erreichen, und drohte den Parteien im Falle weiterer Verzögerungen in der Umsetzung des Friedensabkommens mit Sanktionen.

Ausblick

In der jetzigen Situation ist die Präsenz von UNMISS **zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Absicherung humanitärer Hilfe** unabdingbar, auch wenn mangelnde Kooperation der Regierung die Mandatsumsetzung erschwert. Die vollständige Entsendung der RPF ist für die Kapazitäten der Mission, Zivilisten zu schützen, essentiell. In den nächsten Monaten kommt es darauf an, einen robusten politischen Prozess aufzustellen und abzusichern, der auch einen tragfähigen Waffenstillstand gewährleistet. Im Erfolgsfall kann UNMISS auch hier eine unterstützende Rolle spielen. Ohne ein geschlossenes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, die jetzt vor allem politischen Druck auf die Parteien ausüben muss, ist eine Wiederbelebung des Friedensabkommens jedoch kaum realistisch.